

Danziger Zeitung.

Nr 17167.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ritterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gepfaltete gewöhnliche Schrifte oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.



Beitung.

1888.

Politische Uebersicht.

Danzig, 12. Juli.

Der Streit der Aerzte.

Es war vorauszusehen, daß die Veröffentlichung der Krankheits-Geschichte des Kaisers Friedrich den heftigen Streit unter den Aerzten, der schon seit Monaten zu Lebzeiten des von der Nation fast verurteilten Monarchen geführt wurde, in noch heftigerer Weise wieder anfangen würde. „Betrüger“, „Lügner“ u. s. m. wird bereits in der Presse herüber und hinüber geworfen — und doch sind wir erst am Anfange der wieder aufgenommenen Discussion. Wohin soll das führen? Die schwierigsten ärztlichen Fragen sollen vor vielen Millionen von Laien in der Form der Lage und Gegenlage verhandelt werden. Wir lehnen es nach wie vor ab, in den speciell ärztlichen Dingen ein Urtheil auszusprechen. Das ist nicht unseres Amtes. Wegen die berufenen Männer dies thun. Wohl aber können wir uns ein Urtheil bilden über die Methode, in welcher der Streit geführt wird, und über die Ziele, welche man im Auge haben kann. Wo zu der erneuerte Streit? Kaiser Friedrichs Augen sind für immer geschlossen, er kann zur Vertheidigung des Arztes, den ihm die deutschen Aerzte empfohlen und der bis zum letzten Augenblick sein Vertrauen genoß, nichts mehr sagen. Der verwarfene Kaiserin aber sind Rückstichten auferlegt, die ihr verbieten, in den Streit einzutreten. Und doch ist es offenbar, daß vielfach immer wieder gegen diese Kaiserin Victoria, unseres Kaisers Mutter, Spitzen gerichtet werden. War doch von jeher die Polemik gegen Mackenzie nur zu häufig der Deckmantel für eine gegen eine höhere Stelle gerichtete Agitation. Dadurch muß der neue Streit nur um so peinlicher werden. Und soll derselbe etwa im Interesse der deutschen Wissenschaft liegen und zu deren Ehre erforderlich sein? Wir meinen, die deutsche Wissenschaft bedarf einer solchen Polemik nicht, um die hohe Achtung, die sie in der Welt genieht, zu bewahren.

Weil aber weder die Wissenschaft noch das Staatsinteresse dabei etwas gewinnen kann, deshalb wäre es dringend zu wünschen, daß dieser Streit nicht weiter, oder wenigstens in solchen Formen geführt würde, wie sie sich für eine wissenschaftliche Discussion gestemmen.

Nachstehend geben wir noch die Bemerkungen wieder, welche die „Liberaler Correspondenz“ im Bericht des einen Theils der Aerzte knüpft:

Die Darstellung entbehrt Berichte des Leibarztes des verstorbenen Kaisers, Generalarzt Dr. v. Wegner, der englischen Aerzte Mackenzie und Howell, der Professoren Lenden, Senator und Krause. Schon dieser Umstand ist geeignet, stützlich zu machen. Wenn eine objective Darstellung der Krankheit des Kaisers gegeben werden sollte, hätte man nicht auf die Mittheilung der Anschauungen der genannten Herren verzichten dürfen. Man erkennt sehr bald, daß man es lediglich mit einer ärztlichen Partei- und Tendenzschrift, mit einer Anklageschrift gegen den Vertrauensarzt des Kaisers zu thun hat. Wissenschaftliche Berichte seien gewöhnlich anders aus. Auch aus anderen, dem minder eingeweihten unweitlich scheinenden äußeren Umständen gewinnt man den Eindruck, daß ganz andere Momente, als der Wunsch, die öffentliche Meinung aufzuhören, bei der Veröffentlichung der Berichte eine Rolle gespielt haben. Man hat es unterlassen, die Darstellung der ganzen Presse zugleich zugänglich zu machen, etwa durch Mittheilung durch den „Reichsangeiger“, und hat es für angemessen erachtet, die Publication in solchen Blättern zu bewirken, die während des ganzen unerquicklichen öffentlichen Streites, der zu Lebzeiten Kaiser Friedrichs geführt wurde, um einmal mit der „Röhl. Ztg.“ zu sprechen, die Livree des Hrn. v. Bergmann getragen haben, so in der „Times“ in London, der „Röhl. Ztg.“, der „Nat. Ztg.“ und in dem Organ des Herrn Schweinburg. Es konnte damit nichts anderes erreicht werden, als daß durch diese Blätter einseitig und nach einer bestimmten Richtung die öffentliche Meinung beeinflußt würde. Die „Nat. Ztg.“ hat denn auch gleich das Schlagwort ausgegeben, mit dem Dr. Mackenzie bekämpft werden soll; sie nennt ihn einen Betrüger, und die „Kreuztg.“ drückt ihr das nach; und das alles, ohne auch nur ein Wort der Erwiderung dieses Mannes, das übrigens nicht ausbleiben wird, abzuwarten. Sucht Herr Professor Gerhardt den englischen Collegen als einen gewissenlosen Menschen, dem auch die unbedeutendsten Anstöße seines Berufs fremd und ungewohnt sind, hinzustellen, so hat es sich Herr Professor Schröter zur Aufgabe gemacht, den Prof. Krause als einen ganz unbedeutenden Arzt zu schildern. Dies charakterisiert den Geist, aus dem diese Berichte geboren sind, hältnglich.

In der Darstellung des Prof. v. Bergmann begegnet man wiederholt Hinweisungen darauf, daß Mackenzie die öffentliche Meinung durch geschickte Benutzung der Presse für sich eingenommen habe. Der Herr Professor vergibt, daß er es gewesen ist, der Mackenzie genötigt hat, sich an die Presse zu wenden. Über war es etwa der englische Arzt, der die Schwierigkeiten, die er mit der Canule am 12. April im Schloß Friedrichskron gehabt, der „Röhl. Ztg.“ zur weiteren Verbreitung mitteilte, oder hat Mackenzie diesen Schritt auch nur im ungünstigsten provoziert?

In Besprechungen des Berichts findet sich häufig die Behauptung, daß es sich im Mai v. J. nicht um die Egsspiration, sondern nur um die Spaltung des Kehlkopfs gehandelt habe. Dem gegenüber weist die „Lib. Corresp.“ darauf hin, daß die Spaltung des Kehlkopfs als selbständige Operation nicht ausgeführt worden wäre. Sie wäre unternommen worden, um nach genauer Kenntnisnahme von der Natur und dem Sitze des Leidens eine theilweise Egsspiration des erkrankten Organs vorzunehmen. Mit der Spaltung desselben allein wäre nichts gewonnen gewesen; wie weit sich die Egsspiration erstreckt hätte, läßt sich vor keiner Seite mit Bestimmtheit nachträglich sagen, und noch viel unsicherer ist die Frage, ob und wie lange eine solche Operation den beobachteten Zweck erreicht hätte. — doch das sind, wie gesagt, speziell medicinische Fragen,

über welche die Aerzte die Discussion führen mögen.

„Von competenter (offenbar ärztlicher) Seite“ erhält die „Volks-Ztg.“ eine eingehende Bedeutung des Krankheitsberichts, an deren Schlüsse es in beherrschender Weise heißt: „Der edle Fürst ist nun einmal das unglückliche Opfer einer unheilbaren Krankheit geworden, von der sich nicht sagen läßt, ob ein größeres Maß gegenseitigen Wehlmögens unter den Aerzten ihren Verlauf irgendwie aufgehalten hätte. Wohl aber darf man sagen, daß, wenn etwas mehr von der Liebe, welche in den kirchlichen Feiern für den toten Kaiser so taufrisch in Worten gepredigt worden, unter den Aerzten geherrscht hätte, dem edlen Fürsten viel Herzleid erspart worden wäre. Lasst den gekrönten Dulder in Frieden ruhen!“

Kaiser Wilhelm II. und die Freimaurer.

Es gewinnt allmählich den Anschein, als ob die von der „Bauhütte“ zuerst in die Welt geliebte Nachricht von der ablehnenden Haltung des Kaisers Wilhelm II. gegenüber dem Freimaurerthum, welche von orthodoxer Seite sofort mit Begier aufgegriffen und zur Verdächtigung der Loge benutzt wurde, auf einem Irrthum beruhte. Auch die Münchener „Allg. Ztg.“, welche sich neuerdings über Interna unseres Kaiserhauses gut unterrichtet zeigte, behauptet jetzt, diejenigen befanden sich auf ganz falscher Fährte, welche von dem regierenden Kaiser eine andere (geschweige denn entgegengesetzte) Haltung der Freimaurer gegenüber, als die von seinem Großvater beobachtete, erwarteten.

Uebrigens sei gegenüber dem Versuche der orthodoxen Presse es so darzustellen, als ob das Interesse Kaiser Wilhelms I. für den Orden lange vor seinem Tode erloschen gewesen sei, ausdrücklich constatirt, daß er noch kurz vor dem Tode der Loge „Lucens“ in Rostock seine treue Anhängerlichkeit und sein dauerndes Interesse für den Freimaurerbund bekundet hat.

Der Bundesrat

hat morgen eine Plenarsitzung, in welcher u. a. Anträge der Volkszugscommissionen für den Zollanschluß Hamburgs und Bremens, der Entwurf einer Verordnung über die Cautionen der Reichseisenbahnbeamten, die Festsetzung des Stimmenverhältnisses der Genossenschaftsvorstände bei der Wahl von nichtständigen Mitgliedern des Reichsversicherungsamtes für die Durchführung der land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherung, sowie ferner Anträge, betreffend die Ermittlung des Alkoholgehalts des zur steuerlichen Abfertigung gelangenden Brantweins, die Brantweinsteuer-Berechtigungsscheine sowie die Vergütung der Brantweinsteuere bei der Ausfuhr von Brantweinfabrikaten zur Verhandlung gelangen.

Nach dieser Sitzung geht der Bundesrat in die Ferien.

Der Volkswirtschaftsrath und die Invalidenversicherung.

Mehrere Blätter hatten es als auffällig bezeichnet, daß der Volkswirtschaftsrath über das Alters- und Invaliden-Ver sicherungs-Gesetz nicht gehört wird. Das stimmt nur insoweit, als der gegenwärtig in abgeänderter Form vorliegende Entwurf gemeint ist; denn bezüglich der früher veröffentlichten „Grundzüge“ ist der Volkswirtschaftsrath gehörig worden. Er hat im Dezember v. J. in 4 plenar und einer Reihe von Commissionsitzungen, welchen der Minister v. Bötticher und mehrere Regierung-Commissare bewohnten, über die Grundzüge berathen. Von Bedeutung sind seine Beschlüsse allerdings nicht gewesen, da dieselben nur zum geringsten Theile Berücksichtigung fanden und namentlich die vom Volkswirtschaftsrath befürwortete Übertragung der Alters- und Invalidenversicherung an die Berufsgenossenschaften vom Bundesrat nicht accepiert wurde. Eine nochmalige Befragung würde gleichfalls bedeutungslos sein. Regierungsetätig beachtet man das Urtheil dieser Körperschaft nur insoweit, als es den Regierungsprojekten günstig lautet. Andernfalls werden die Beschlüsse einfach ignoriert. Wir erinnern nur daran, daß, als s. J. das Gutachten des Volkswirtschaftsraths über das Tabaksmopol eingeholt wurde und dieses preußische Nebenparlament sich gegen das Project erklärte, die Regierung dasselbe keineswegs fallen ließ.

Zur Auswanderung nach England.

Einen wiederholten Warnungsruß vor der Auswanderung nach England erlassen gegenwärtig die Directoren der in London bestehenden Gesellschaft zur Unterstützung nothleidender Ausländer (Society of Friends of Foreigners in Distress). Derselbe richtet sich in erster Linie an die Adresse deutscher Auswanderungslustiger und appelliert an alle geistlichen und weltlichen Autoritäten, ihren Untergebenen von der Reise nach England abzuraten und dieselben vor sicherem Untergange zu bewahren. Arbeit zu erlangen, wird für Ausländer in England täglich schwieriger, theils weil die allgemeine Geschäftskrisis dort intensiver herrscht als irgend wo anders, theils, weil sich in der Geschäftswelt fremdenfeindliche Tendenzen bemerkbar machen, welche viele Arbeitsquellen verstopfen, die sonst den Ausländern ihre Subsistenz ermöglichen. Daher ist die Zahl des Zusammenbruchs wirtschaftlicher Einzelgeschäftsgeraden zu Legion, soweit Landfremde in Betracht kommen. Viele Auswanderer werden durch gewissenlose Agenten nach London verschleppt und dort hilflos aufs Strafenpflaster geworfen. Und wer seine Hoffnung auf Beihilfe aus der Kasse eines der zahlreichen Wohlthätigkeitsinstitute setzt, ist erst recht betrogen. Denn diese, auch wenn speziell zur Unterstützung armer Ausländer

ins Leben gerufen, geben in der Regel nur an solche, die schon lange in England und nur in Folge unglücklichen Zusfalls momentan arbeitslos sind, oder aber an Arbeitsinvaliden in vorgerücktem Alter. Also, wer ohne sichere Anhaltspunkte, ohne sehr gediegene Kenntnisse zu haben und ohne der Landessprache mächtig zu sein, aufs Gerathewohl nach England kommt, geht fast ausnahmslos in sein Unglück. Daher wolle jeder, den es angeht, die Warnungen beherzigen, welche von competenten Stellen gegen die Auswanderung nach England erlassen werden.

Falsche Gerüchte über König Milan.

Wie der „Pol. Corr.“ aus Belgrad gemeldet wird, entbehren die von einem Theile der süddeutschen Presse colportirten Nachrichten, daß gegenwärtig in Serbien ein Schreckensregiment herrsche und daß alle mit der Königin Natalie in näheren Beziehungen stehenden Persönlichkeiten unter polizeiliche Aufsicht gestellt würden, vollständig der Begründung. Im ganzen Lande herrschen absolut normale Verhältnisse und es sind gegen niemanden außerordentliche Maßregeln irgendwelcher Art erlassen worden.

Uebrigens tauchen, obwohl die Chefscheidung des serbischen Königs paares noch nicht erfolgt ist, doch schon in der Presse Gerüchte von neuen Heiratsplänen König Milans auf. Aus Belgrad will der „Rhein. Cour.“ erfahren haben, der König beabsichtige sich mit einer der Schwestern des deutschen Kaisers zu vermählen. Natürlich ist diese Nachricht ebenso wie die kürzlich gemelbete, daß eine der Schwestern Kaiser Wilhelms den russischen Großfürsten Thronfolger heirathen solle, ein reines Phantasiestück.

Deutsche Colonie in Südafrika.

In Südafrika, unmittelbar an der Ostküste, ist ein deutsches Colonisationswerk auf einem unabhängigen Gebiet, mittin im britischen Colonialgebiete, im Stillen in Angriff genommen worden, nämlich im Pondoland. Eine hiesige kleine Gesellschaft hat im vorigen Jahr nach Erwerbung eines Gebietes von 1600 engl. Quadratmeilen eine Expedition dorthin abgesandt, sich mit dem König und dessen Nachfolger in Einvernehmen gesetzt und gedenkt mit Unterstützung derselben neben der Ausbeutung ihres erworbenen Gebietes, namentlich des wertvollen Waldes, dort ohne jede Unterstüzung von Seiten des Reiches weitere Cultur einzuführen.

Parnells Homerule-Ideen.

Einem Vertreter der Presse gegenüber sprach sich Parnell dieser Tage über künftige Homerule-Vorschläge aus. „Die nächste Homerule-Bill“, so sagte er, „muß das föderative Prinzip zur Grundlage haben. Die nächste Bill wird meiner Ansicht nach Gorge fragen, daß die irischen Mitglieder im Reichsparlament verbleiben und die irische Legislatur sich lediglich mit irischen Angelegenheiten beschäftigt. Wenn in Irland einige Erfahrungen mit der Homerule gemacht sind, so wird das schottische Volk auch wahrscheinlich sein Parlament fordern. Jedemal wird es aber auf der Vertretung in Westminster bestehen. Dieses mag schließlich zur Gründung eines Föderativparlaments führen, in welchem England, Schottland, Irland und die Colonien vertreten sind. Dann wird das Unterhaus eine rein englische Legislatur werden, das Reichsparlament aber an die Stelle des Hauses der Lords treten und Vertreter aller Theile des Reiches umfassen.“

„Das wird natürlich“, schloß Parnell seine Ausführungen, „noch geraume Zeit in Anspruch nehmen“; und darin hat er sich sicher nicht geirrt.

Der „weiße Pascha“ im Sudan.

Über die weiteren Bewegungen des im Sudan aufgetauchten „weißen Pascha“ erhält die gestern in London ausgegebene „Times“ folgende, der „Doss. Ztg.“ von dort telegraphisch übermittelte Meldung aus Guakin vom 10. d. M.: Ein zuverlässiger Bote aus Handub besagt, er habe ein 18 Tage altes Schreiben des Mahdi von Chartum an Osman Digma gelesen, dem zufolge der „weiße Pascha“ in Bahr el Gajelle den Fluß entlang drei Tagemarsche näher an Chartum heran gerückt sei. Der Mahdi befahl dem Stamm Chaggijah, dem Weitermarsche Widerstand entgegen zu setzen. Das Schreiben besagt auch, der „Weiße“ bause eine Landstraße oder Eisenbahn.

Wie bereits mitgetheilt, ist der „weiße Pascha“ vermutlich kein anderer als Emin Pascha, nicht aber Stanley, von dem noch immer jede sichere Runde fehlt.

Aufstand auf Java.

Nach einem Telegramm des Haager „Dagblad“ aus Batavia ist in der Provinz Bantam ein Aufstand ausgebrochen; die Aufständischen plünderten Tjelogen und tödten die europäischen Einwohner und mehrere Häuptlinge der Eingeborenen. Amtlich wird ferner gemeldet, daß die Aufständischen sich nach der Plünderung von Tjelogen gegen Gerang, den Hauptort von Bantam wandten, aber etwa 12 Kilometer vor Gerang auf eine Patrouille trafen. Bei dem Gefecht mit denselben wurden 9 der Aufständischen getötet. Die Garnison von Gerang hat aus Batavia Verstärkungen erhalten. Das telegraphische Verbindungsunterbrochen.

Die Provinz Bantam liegt im Westen der Insel Java und zählt etwa 250 000 Einwohner. Sie ist sehr fruchtbar, aber auch gebirgig, was einer Bekämpfung der Eingeborenen, falls der Aufstand größere Dimensionen annehmen sollte, erhebliche Schwierigkeiten in den Weg legen würde.

Entwurf eines Gesetzes

betreffend die

Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter.

(Fortschreibung.)

Zusatzmarken.

§ 89. Für diejenigen Beitragswochen, für welche freihändige Beiträge errichtet werden (§ 88, Abs. 1), sind zur Deckung des auf diese Zeit entfallenden Beitrages des Reiches besondere Zusatzmarken im Werthe von zehntheileinhalb Pfennig für die Beitragswoche einer männlichen Person und von sieben Pfennig für die Beitragswoche einer weiblichen Person nach Maßgabe des § 88 einzuleben und zu entwerthen. Der Bundesrat ist befugt, den Werth dieser Zusatzmarken nach Maßgabe der zu machenden Erfahrungen anderweitig festzulegen.

§ 90. Die Zusatzmarken werden für Rechnung des Reichs hergestellt. Sie müssen in Farbe und Bezeichnung von den Beitragsmarken der Versicherungsanstalten verschieden sein. Ihre Bezeichnung, sowie ihre Größe, Farbe und ihr Glückswert werden vom Reichsversicherungsamt festgesetzt.

Der Vertrieb der Zusatzmarken erfolgt zum Nennwert durch Vermittelung der Versicherungsanstalten an den zum Vertrieb ihrer eigenen Marken bestimmten Stellen.

§ 91. Quittungsbücher, welche zu den erforderlichen Eintragungen keinen Raum mehr gewähren, sind von der Gemeindebehörde des derzeitigen Arbeitsortes oder nach Bestimmung der Landes-Centralbehörde von anderen Behörden oder den Organen der Krankenkassen verartet aufzurichten, daß ersichtlich wird, für wie viel Beitragswochen der Inhaber des Quittungsbuches im Laufe der einzelnen Kalenderjahre zu jeder Versicherungsanstalt Beiträge entrichtet hat und wie viel Zeit er in Folge befehliger Krankheit oder aus Anlaß des Militärdienstes (§ 18) unbeschäftigt gewesen ist. Dem Inhaber wird sobald ein neues Quittungsbuch gegen Erstattung der Kosten derselben ausgestellt, in welches für jedes Kalenderjahr die Endzahlen des früheren Quittungsbuches in beglaubigter Form vorzutragen sind. Das bisherige Quittungsbuch ist von der betreffenden Behörde, nachdem sämtliche Eintragungen durchstrichen sind, an der hierfür durch Vordruck bezeichneten Stelle durch den Vermerk „Geschlossen und übertragen“ unter Beifügung von Datum und Unterschrift und unter Beibrüchung des Dienstsiegels zu schließen. Die geschlossenen Quittungsbücher sind nach Ablauf der Einpruchfrist (§ 39) an die Gemeindebehörde des Geburtsortes des Inhabers, sofern derselbe im Inlande belegen ist, zu übersenden. Diese Behörde, nach dem Geburtsort im Auslande belegen ist, die zur Aufrechnung der Quittungsbücher zuständige Behörde des Beschäftigungsortes, hat das Quittungsbuch aufzubewahren und darf dasselbe nicht vor Ablauf von fünfzehn Jahren vernichten. Durch die Landes-Centralbehörde kann vorgeschrieben werden, daß die geschlossenen Quittungsbücher an andere Behörden abzusenden oder von anderen Behörden aufzubewahren sind.

§ 92. Verlorene, unbrauchbar gewordene oder zerstörte Quittungsbücher sind durch neue Quittungsbücher zu ersetzen. In das neue Quittungsbuch sind die Endzahlen des bisherigen, so weit diese nachweisbar sind, in beglaubigter Form vorzutragen. Hierfür ist zunächst der Inhalt des zu ersetzenen Buches, so weit derselbe erkennbar ist, so wie der Inhalt älter geschlossener Büchere maßgebend; im übrigen kann der Inhalt des zu ersetzenen Buches durch Bezeichnungen des Arbeitnehmers oder durch andere Urkunden dargestellt werden. Auf das Verfahren finden die Vorschriften des § 91 entsprechende Anwendung.

§ 93. Der Versicherte ist befugt, binnen zwei Wochen nach Aushändigung des neuen Quittungsbuches gegen die Übertragung des Inhalts des bisherigen Quittungsbuches Einspruch zu erheben. Über den Einspruch, so wie über etwaige andere Beschwerden, welche gegen das bei Einziehung des Quittungsbuches und Aushändigung des neuen Buches beobachtete Verfahren erhoben werden, hat diejenige Behörde, welche der mit der Aufrechnung des Quittungsbuches beauftragten Stelle unmittelbar vorgelegt ist, endgültig zu entscheiden. Wird ein solcher Einspruch nicht rechtzeitig erhoben, so gilt die Übertragung dem Inhaber des Quittungsbuches gegenüber als zutreffend.

der gültigen Eintragungen derselben die Aushändigung eines neuen Quittungsbuchs treten.

§ 98. Im übrigen werden Streitigkeiten zwischen dem Arbeitgeber und den von ihm beschäftigten Personen über die Berechnung und Anrechnung der von diesen zu leistenden Beiträge von der unteren Verwaltungsbehörde (§ 95) endgültig entschieden.

Controle.

§ 99. Die Versicherungsanstalten sind befugt, mit Genehmigung des Reichs-Versicherungsamt zum Zweck der Controle Vorschriften zu erlassen. Sie sind ferner befugt, die Arbeitgeber zur rechtzeitigen Erfüllung dieser Vorschriften durch Geldstrafen bis zum Betrage von je einhundert Mark anzuhalten. Das Reichs-Versicherungsamt kann den Erlass derartiger Vorschriften anordnen und dieselben, sofern solche Anordnung nicht befolgt wird, selbst erlassen.

Die Arbeitgeber sind verpflichtet, über die Zahl der von ihnen beschäftigten Personen und über die Dauer der Beschäftigung den Organen der Versicherungsanstalt und anderen mit der Controle beauftragten Behörden oder Beamten auf Verlangen Auskunft zu erhalten und denselben diejenigen Geschäftsbücher oder Listen, aus welchen jene Thatsachen hervorgehen, zur Einsicht während der Betriebszeit an Ort und Stelle vorzulegen. Ebenso sind die Versicherten zur Ertheilung von Auskunft über Ort und Dauer ihrer Beschäftigung verpflichtet. Die Arbeitgeber und die Versicherten sind ferner verbunden, den bezeichneten Organen, Behörden und Beamten auf Erfordern die Quittungsbücher befußt Ausübung der Controle und Herbeiführung der etwa erforderlichen Berichtigungen auszuhandeln. Sie können hierzu von der unteren Verwaltungsbehörde durch Geldstrafen bis zum Betrage von je dreihundert Mark angehalten werden.

Etwas Berichtigungen erfolgen, sofern die Beteiligten über dieselben einverstanden sind, auf dem im § 97 angegebenen Wege durch die die Controle ausübenden Organe, Behörden oder Beamten, anberfalls nach Erledigung des Streitversfahrens gemäß der Vorschriften der §§ 95 ff.

§ 100. Die durch die Controle den Versicherungsanstalten erwachsenden Kosten gehören zu den Verwaltungskosten. Soweit dieselben in baaren Auslagen bestehen, können sie durch den Vorstand der Versicherungsanstalt dem Arbeitgeber auferlegt werden, wenn derselbe durch Nichterfüllung der ihm obliegenden Verpflichtungen zu ihrer Aufwendung Anlaß gegeben hat. Gegen die Auferlegung der Kosten findet binnen zwei Wochen nach Aufstellung des Beschlusses die Beschwerde an die untere Verwaltungsbehörde (§ 95) statt. Diese entscheidet endgültig. Die Beitrreibung der auferlegten Kosten erfolgt in derselben Weise, wie die der Gemeindeabgaben.

Reservesfonds.

§ 101. Durch das Statut kann die Ansammlung eines Reservesfonds angeordnet werden. Geachtet dies, so ist zugleich darüber Bestimmung zu treffen, unter welchen Voraussetzungen die Innen des Reservesfonds für die Deckung der der Versicherungsanstalt obliegenden Kosten zu verwenden sind und in welchen Fällen der Kapitalbestand des Reservesfonds angegriffen werden darf.

Bermögens-Verwaltung.

§ 102. Verfügbare Gelder der Versicherungsanstalten sind nach Maßgabe der Bestimmungen des § 76 des Unfallversicherungsgesetzes verhältnißlich anzulegen.

Auf Antrag von Versicherungs-Anstalten kann der Bundesrath denselben wibrussisch gestalten, einen Theil ihres Vermögens in anderen zinstragenden Papieren, in Grundstücken oder Bergwerks-Antheilen anlegen. Mehr als der vierte Theil des Vermögens der einzelnen Versicherungsanstalten darf jedoch in dieser Weise nicht angelegt werden.

Werth-Papiere sind nach näherer Bestimmung der Central-Behörde desjenigen Bundesstaates, in dessen Gebiet die Versicherungs-Anstalt ihren Sitz hat, bei einer zur Aufbewahrung von Geldern oder Werthpapieren befugten öffentlichen Behörde oder Kasse niedezulegen.

§ 103. Die Versicherungsanstalt ist verpflichtet, dem Reichs-Versicherungsamt nach näherer Anweisung derselben und in den von ihm vorzuschreibenden Fristen Übersichten über ihre Geschäfts- und Rechnungsergebnisse einzurichten.

Die Art und Form der Rechnungsführung bei den Versicherungs-Anstalten wird durch das Reichs-Versicherungsamt geregelt.

Das Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr.

V. Schuhvorschriften.

Schuhvorschriften.

§ 104. Die Versicherungsanstalten sind befugt, für ihre Bezirke oder für bestimmte Berufsgruppen oder Betriebsarten ihrer Bezirke Vorschriften zu erlassen:

1. über die von den Arbeitgebern Versicherten zum Schutz der letzteren gegen gesundheitsmäßige Einflüsse zu treffenden Einrichtungen unter Bedrohung der Zuüberhandelnden mit Geldstrafe bis zu dreihundert Mark;

2. über das von den Versicherten zur Verhütung von Krankheiten zu beobachtende Verhalten unter Bedrohung der Zuüberhandelnden mit Geldstrafe bis zu sechs Mark.

Diese Vorschriften bedürfen der Genehmigung der Landes-Centralbehörde.

Die genehmigten Vorschriften sind durch diejenigen Blätter zu veröffentlichen, welche zu den amtlichen Bekanntmachungen der Landes-Centralbehörde oder der höheren Verwaltungsbehörde, für deren Bezirk sie Gültig haben sollen, bestimmt sind.

§ 105. Die Festsetzung der Strafen erfolgt im Falle des § 104 Absatz 1 Ziffer 1 durch den Vorstand der Versicherungsanstalt, im Falle des § 104 Absatz 1 Ziffer 2 durch den Vorstand der Betriebs-(Fabrik)-Krankenkasse, aber wenn eine solche für den Betrieb nicht errichtet ist, durch die Ortspolizeibehörde. Die Strafe steht im Falle des § 104 Absatz 1 Ziffer 1 in die Kasse der Versicherungsanstalt, im Falle des § 104 Absatz 1 Ziffer 2 in die Krankenkasse (Gemeindekrankenversicherung), welcher der zu ihrer Zahlung Verpflichtete zu Zeit der Zuüberhandlung angehört, und wenn der zur Zahlung Verpflichtete keiner Krankenkasse angehört, in die Kasse des Ortsarmenverbandes des Beschäftigungsorts. In beiden Fällen ist binnen zwei Wochen nach der Zustellung der bezüglichen Verfügung die Beschwerde zulässig; über dieselbe entscheidet im ersten Falle die für den Beschäftigungsort zuständige höhere Verwaltungsbehörde, im letzteren Falle die der Betriebs-(Fabrik)-Krankenkasse beziehungsweise Ortspolizeibehörde unmittelbar vorgesetzte Aufsichtsbehörde.

Überwachung.

§ 106. Die Versicherungsanstalten sind befugt, durch Beauftragte die Befolgung derartiger Schuhvorschriften zu überwachen. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, den Beauftragten der Versicherungsanstalt den Zutritt zu ihren Betriebsstätten während der Betriebszeit zu gestatten und können hierzu vorbehaltlich der Bestimmung des § 107, von der unteren Verwaltungsbehörde durch Geldstrafen bis zum Betrage von je dreihundert Mark angehalten werden.

Auf die durch Überwachung der Betriebe entstehenden Kosten finden die Bestimmungen des § 100 Anwendung.

§ 107. Befürchtet der Arbeitgeber die Verlehung eines Betriebsgeheimnisses oder die Schädigung seiner Geschäftsintrigen in Folge der Beauftragung des Betriebes durch den Beauftragten (§ 106), so kann derselbe die Besichtigung durch andere Sachverständige beanspruchen. In diesem Falle hat er dem Vorstande, so bald er den Namen des Beauftragten erfährt, eine entsprechende Mittheilung zu machen und einige geeignete Personen zu bezeichnen, welche auf seine Kosten die erforderliche Einsicht in den Betrieb zu nehmen und dem Vorstande die für die Zwecke der Versicherungsanstalt notwendige Auskunft über die Betriebs-einrichtungen zu geben bereit sind. In Ermangelung einer Verständigung zwischen dem Arbeitgeber und dem

Vorstande entscheidet auf Anrufen des letzteren das Reichsversicherungsamt.

§ 108. Die Mitglieder der Vorstände und sonstigen Organe der Versicherungsanstalten, insbesondere deren Beauftragte (§ 106), und die nach § 107 ernannten Sachverständigen haben über die Thatsachen, welche durch die Überwachung und Controle der Betriebe zu ihrer Kenntniß kommen, Verschwiegenheit zu beobachten und sich der Nachahmung der von den Arbeitgebern gehaltenen, zu ihrer Kenntniß gelangten Betriebeseinrichtungen und Betriebsweisen, so lange als diese Betriebsgeheimnisse sind, zu enthalten. Die Beauftragten und Sachverständigen sind hierauf von der unteren Verwaltungsbehörde ihres Wohnorts zu beauftragt.

§ 109. Namen und Wohnsitz der Beauftragten sind von dem Vorstand, soweit sich ihre Thätigkeit erfordert, anzugeben. Die Beauftragten sind verpflichtet, den nach Maßgabe des § 139b der Gewerbeordnung bestimmten staatlichen Aufsichtsbeamten auf Erfordern über ihre Überwachungsfähigkeit und deren Ergebnisse Mittheilung zu machen und können dazu von dem Reichsversicherungsamt durch Geldstrafen bis zu einhundert Mark anhalten werden.

VI. Aufsicht.

Reichsversicherungsamt.

§ 110. Die Versicherungsanstalten unterliegen in Bezug auf die Befolgung dieses Gesetzes der Beaufsichtigung durch das Reichsversicherungsamt. Das Aufsichtsrecht des letzteren erstreckt sich auf die Beobachtung der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften. Alle Entscheidungen des Reichsversicherungsgesetzes sind endgültig, soweit in diesem Gesetz nicht ein anderes bestimmt ist. Das Reichsversicherungsamt ist befugt, jederzeit eine Prüfung der Geschäftsführung der Versicherungsanstalten vorzunehmen. Die Mitglieder der Vorstände und sonstigen Organe der Versicherungsanstalten sind auf Erfordern des Reichsversicherungsgesamtes zur Vorlegung ihrer Bücher, Beläge, Werthpapiere und Geldbestände, so wie ihrer auf den Inhalt der Bücher und die Feststellung der Renten ic. bezüglichen Schriftstücke verpflichtet. Das Reichsversicherungsamt kann dieselben hierzu so wie zur Befolgung der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften durch Geldstrafen bis zu einhundert Mark anhalten.

§ 111. Das Reichsversicherungsamt entscheidet, unbeschadet der Rechte Dritter, über Streitigkeiten, welche sich auf die Rechte und Pflichten der Organe der Versicherungsanstalten, sowie der Mitglieder dieser Organe, auf die Auslegung der Statuten und, unbeschadet der Vorschrift des § 35 Absatz 4, auf die Gleichheit der vollzogenen Wahlen beziehen. Auf die dienstlichen Verhältnisse der auf Grund des § 33 Absatz 1 bestellten Beamten findet diese Vorschrift keine Anwendung.

§ 112. Die Entscheidungen des Reichsversicherungsgesamtes erfolgen in der Befreiung von mindestens zweiständigen und zwei nichtständigen Mitgliedern, unter welchen sich je ein Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten befinden muß, und unter Zugziehung von mindestens einem richterlichen Beamten, wenn es sich handelt:

a) um die Entscheidung auf Revisionen gegen die Entscheidungen der Schiedsgerichte,
b) um die Entscheidung vermögensrechtlicher Streitigkeiten bei Veränderungen des Bestandes der Versicherungsanstalten.

Als Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten gelten auch für den Bereich dieses Gesetzes die auf Grund der Unfallversicherungsgesetze zu nichtständigen Mitgliedern des Reichsversicherungsgesamtes gewählten Vertreter der Betriebsunternehmer und der Arbeiter, ohne Beschränkung auf die Angelegenheiten ihres besonderen Berufsunwesens. Im übrigen werden die Formen des Verfahrens und der Geschäftsgang vom Landesversicherungsgesamten.

§ 113. Sofern für das Gebiet eines Bundesstaates ein Landesversicherungsgesamt errichtet ist (§ 92 des Unfallversicherungsgesetzes, § 100 des Gesetzes vom 5. Mai 1886, Reichsgesetzblatt C. 132), unterliegen diejenigen Versicherungsanstalten, welche sich über das Gebiet dieses Bundesstaates nicht hinaus erstrecken, der Beaufsichtigung des Landesversicherungsgesamtes. Auf die Landesversicherungsgesämter finden die Vorschriften der §§ 110 bis 112 entsprechende Anwendung.

In den Angelegenheiten der den Landesversicherungsgesätern unterstehenden Versicherungsanstalten gehen die in den §§ 15, 18, 41, 53, 64, 66, 77, 81, 82, 99, 107, 109, 130 dem Reichsversicherungsgesamt übertragenen Zuständigkeiten auf das Landes-Versicherungsgesamt über.

Die Formen des Verfahrens und der Geschäftsgang bei dem Landesversicherungsgesamt werden durch die Landesregierung geregelt.

(Schluß folgt.)

Deutschland.

△ Berlin, 11. Juli. Die Kaiserin Augusta gedenkt in den ersten Tagen der nächsten Woche Baden-Baden zu verlassen und sich zu mehrwöchentlichem Aufenthalte nach Coblenz zu begießen. Das Befinden der hohen Frau ist gegenwärtig, nach Berichten aus ihrer Umgebung, verhältnismäßig zufriedenstellend. Dagegen ist man dort in nicht geringer Besorgniß wegen des Augenleidens der Frau Großherzogin von Baden, das nachgerade einen bedenklichen Charakter angenommen zu haben scheint. Erfreulich lauten indesten die Meldungen über das Ergehen des Erbgroßherzogs von Baden, der sich von den Folgen seiner längeren Krankheit wohlständig erholt hat und sich gegenwärtig des besten Gesundheitszustandes erfreut.

— Die Frau Fürstin Bismarck, die heute früh nach Homburg v. d. H. abzureisen gedachte, hat ihre Abreise verschoben. Fürst Bismarck, der voraussichtlich morgen an dem Botschafterdinner beim Kaiser Theil nehmen wird, beabsichtigt am Freitag oder Sonnabend Berlin zu verlassen. Es bestätigt sich, daß ihn zunächst sein Schwiegersohn Graf Ranau begleiten wird. Letzterer dürfte dann später vom Geh. Rath v. Rottenburg abgelöst werden, der seinerseits zunächst im Gefolge des Kaisers die Reise nach Russland mitmachen soll. Bekanntlich wird sich der größere Theil des Kaiserlichen Gefolges auf dem Landwege nach Petersburg bew. Peterhof begeben. Zu diesem Zweck wird ein besonderer Hofzug abgelassen werden, den auch der hiesige russische Botschafter Graf Schuvalow benutzen wird.

△ [Statthalter v. Böltcher] ist aus München zurückgekehrt und wird der letzten Sitzung des Bundesrats vorstehen. Am Montag oder Dienstag nächster Woche gedenkt er sodann seinen längeren Sommerurlaub anzutreten.

* [Prinz Alexander von Battenberg] soll in Folge seines Sturzes doch an erheblichen Brust- und Rückenschmerzen leiden.

* [Der frühere Consul in Korea], General-Consul Kempermann, ist zum Minister-Residenten von Bangkok ernannt worden.

* [Unschuldig verurteilt.] Die „Breslauer Gerichtszeitung“theilt folgenden Fall mit, der abermals die Notwendigkeit der Einführung der Berufung in Strafsachen beweist.

Im Juni vorigen Jahres wurden einem Sergeanten in Breslau Militärliebesstiftung geflossen, welche bald darauf zwei Männer einem Trödler zum Kauf abgetragen. Der Trödler requirierte einen Schuhmann, welcher die beiden zu einer auf dem Neumarkt wohnenden Person führte, die den Auftrag zum Verkauf der Kleidungsstücke ertheilt zu haben erklärte und die Legitimationspapiere eines Gärtners Ernst Weber als die ihrigen vorwies. Diese Person trug einen Schnurrbart und wurde wegen Verdachts des Diebstahls nicht verfolgt.

Dagegen ward am 21. August vorigen Jahres der wirkliche Gärtner Ernst Weber wegen schweren Diebstahls verhaftet und, obwohl er bisher unbescholten war, obwohl er als die auf dem Neumarkt getroffene Person nicht recognoscirt werden konnte, obwohl er einwendete, daß er noch nie einen Schnurrbart gearbeitet habe, obwohl er geltend machte, daß seine Legitimationspapiere ihm von seinem früheren Stubengenossem, dem Bäcker gesellen Robert Meier, entwendet seien, mit Rücksicht auf sein hartnädiges Leugnen, zu einer unnummatrierten Gefängnisstrafe und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte sich auf die Beantragung einer schmähsamen Gefängnisstrafe beschränkt. Am 1. Februar d. J. sah der Verurteilte in dem Gefängnis den oben erwähnten Bäcker gesellen Robert Meier, welcher eine sechstage Strafe wegen Landstreichen verblieb, und bat um schnelle Vernehmung, wurde aber erst am 10. Februar vernommen, als Meier bereits entlassen war und nicht mehr ermittelt werden konnte. Ende Mai d. J. sah der Verurteilte den Bäcker gesellen Robert Meier abermals im Gefängnis, beantragte abermals seine Vernehmung und wurde nach Verlauf von etwa 14 Tagen wirklich vernommen. Nun wurde auch Meier gehörig er gestand zu, daß er dem Sergeanten die Kleider, wie dem unschuldig Verurteilten die Legitimationspapiere geflossen habe, und nun wurde der Unschuldige am 20. Juni v. J. entlassen, nachdem er sich zehn Monate in Haft befunden hatte. Voraussichtlich wird das Wiederaufnahmeverfahren eingeleitet werden, und wir wollen auch hoffen, daß der unschuldig Verurteilte entschädigt werden wird, so weit das möglich ist. Aufzuklären bleibt, weshalb der Bäcker geselle Ernst Weber von dem Schuhmann, welcher ihn auf dem Neumarkt traf, nicht zusammen mit seinen beiden Beauftragten zur Polizei stiftet worden ist, da doch bereits damals der objective und subjective Thatbestand des Diebstahls ziemlich klar vorlag. Aufzuklären bleibt, wie eine Verurteilung des Gärtnergesellen Ernst Weber auf seine Anzeige vom 1. Februar d. J. nicht sofort, sondern erst etwa nach 10 Tagen vernommen ist, als es schon zu spät war. Aufzuklären bleibt endlich, weshalb auf die zweite Anzeige des Gärtnergesellen Weber dessen Vernehmung erst nach etwa vierzehn Tagen veranlaßt wurde, als sie leicht wieder zu spät sein konnte.

Man darf wohl erwarten, daß die hierüber anzustellenden Ermittlungen die erforderliche Alartheit bringen werden.

* [Süddeutscher Braumtretring.] Nach Meldungen aus Süddeutschland sind dort Bestrebungen im Gange, für das süddeutsche Brennereigerbele ein Syndikat zu Stande zu bringen, wie es für den gesammelten deutschen Brennereibetrieb in Berlin beabsichtigt wurde, aber nicht zu Stande gekommen ist.

* [Über die Colonisation des Rittergutes Steesow] macht Herr Gombart in der „Nat. Zeitg.“ folgende interessante Angaben. Gombart hatte das 756 Hectar große Rittergut Steesow mit einem jährlichen Grundsteuererlösen von 10 062 Mk. für 384 000 Mk. erstanden.

Nachdem ein Gemeinde-Kassavermögen zur Dotirung der Schulstelle, Ortsarme u. s. w. mit 4 Häusern von 30 Hectar Land im Reinertrag von ca. 248 Mk. ausgeschieden war, verblieben zur speziellen Vertheilung an Liegenschaften 720 Hectar.

Um große, mittlere und kleinere Colonate zu begründen, waren nun ursprünglich obige 720 Hectar dem Werthe nach in 36 gleiche Einheiten von 273 Mk. jährlichen Reinertrages getheilt, welche zusammen, zugleich des Werthes des Gemeindeskassen-Vermögens, obigem Gesamt-Reinertrag des Gutes von jährlich 10 062 Mk. gleich kamen. Sede dieser Einheiten ist ungefähr 20 Hectar groß, wovon ca. 50 Acker- und Gartenland, 5 Morgen Wiesen und 24 Morgen Holzung; sie repräsentiert einen Rössenhof, und beträgt der Taxpreis dafür incl. Bauplatz, jedoch ohne Gebäude 9000 Mark. Gänztliche Liegenschaften sind dann in zwei große Hälfte getheilt, nämlich 18 Einheiten für 6 Doppelpfannen-Höfe à 3 Einheiten, und 18 für Rössenhäuser und Doppelkossäthen oder Halbspänner. Der Gesamtpreis dieser 36 Liegenschaften beträgt dann für jede Klasse 162 000 Mk.

Um große, mittlere und kleinere Colonate zu begründen, waren nun ursprünglich obige 720 Hectar dem Werthe nach in 36 gleiche Einheiten von 273 Mk. jährlichen Reinertrages getheilt, welche zusammen, zugleich des Werthes des Gemeindeskassen-Vermögens, obigem Gesamt-Reinertrag des Gutes von jährlich 10 062 Mk. gleich kamen. Sede dieser Einheiten ist ungefähr 20 Hectar groß, wovon ca. 50 Acker- und Gartenland, 5 Morgen Wiesen und 24 Morgen Holzung; sie repräsentiert einen Rössenhof, und beträgt der Taxpreis dafür incl. Bauplatz, jedoch ohne Gebäude 9000 Mark. Gänztliche Liegenschaften sind dann in zwei große Hälfte getheilt, nämlich 18 Einheiten für 6 Doppelpfannen-Höfe à 3 Einheiten, und 18 für Rössenhäuser und Doppelkossäthen oder Halbspänner. Der Gesamtpreis dieser 36 Liegenschaften beträgt dann für jede Klasse 162 000 Mk.

Es stellte sich heraus, als am 3. September 1886 der erste Verkauf der Grundstücke stattfand, daß eine größere Nachfrage nach kleinen Stellen vorhanden war, auf denen die Rössen sich selbst aufbauen wollten, so daß im Laufe der Zeit drei projectierte Halbbauerstellen sowie 3 Rössenhäuser halbiert wurden, während die 6 Vollbauerhöfe in ihrem Umfang unverändert geblieben sind. Es wurden schließlich 6 Vollpfaß-Höfe und 6 Halbbossäthen-Höfe für 384 000 Mk. verkauft. Hierzu traten noch an anderen Feuerstellen 1 Schule, 1 Alter-Colonist, 1 Häusler- und 2 Gemeindhäuser, so daß augenblicklich eine Dorfgemeinde mit 30 Feuerstellen und etwa 150 Einwohnern besteht, deren Vorstand, als Schulen und Schöffen, seit beinahe einem Jahre funktioniert, während die neue Lehrerstelle zum 1. Oktober d. J. besetzt wird.</

Unsere Börse zeigte bei ihrer Eröffnung im allgemeinen ruhigen Charakter und nur in einzelnen Wertpapierungen entgegnete der lebte Coursstand maßgebend blieb bei größerer Neigung zur Festigkeit. Dieselbe wird in erster Linie bedingt durch die günstige Beurtheilung der politischen und kommerziellen Lage. Banknoten lagen ruhig, aber fest. Inländische Eisenbahnen in mäßiger Umfang umgesetzt, aber seit tendenziell. Ausländische Eisenbahnnoten reger und fester. Montanwerke fest. Andere Industriepapiere vereinzelt lebhafter begegnet und in den Notirungen herausgefegt. Fremde Fonds fanden wiederum in Aegypten, denen sich russische Anleihen und Noten anschlossen. Bevorzugung. Preußische und deutsche Fonds, Pfand- und Rentenbriefe, Eisenbahnobligationen etc. ruhig, fest. Privatdiscont 13/8 %.

Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anleihe	4	108.00
do. do.	3 1/2	103.20
Königliche Anleihe	4	107.10
do. do.	3 1/2	104.10
Staats-Schuldscheine	3 1/2	102.10
Ostpreu. Prov.-Oblig.	4	103.00
Westpr. Prov.-Oblig.	4	101.60
Landsh. Centr.-Oblig.	4	101.40
Ostpreu. Pfandbriefe	3 1/2	101.40
Böhmische Pfandb.	3 1/2	101.30
do. do.	4	102.50
Bosnische neue Pfandb.	4	101.40
do. do.	3 1/2	101.40
Westpreu. Pfandbriefe	3 1/2	101.40
do. neue Pfandb.	3 1/2	101.40
Pomm. Rentenbriefe	4	105.40
Pomm. do.	4	105.40
Preußische do.	4	105.20

Russ. 3. Orient-Anleihe

do. Stieg. 5. Anleihe	5	59.25
do. do. 6. Anleihe	5	61.20
Russ. Wohl. Schatz-Obl.	4	90.30
Poln. Liquidat.-Pfandb.	4	88.00
Italienische Rente	4	92.90
Rumänische Anleihe	6	98.00
do. fundirte Ant.	6	105.75
do. amort. do.	6	92.90
Türk. Anleihe von 1866	5	14.80
Germanische Gold-Pfandb.	5	83.60
do. Rente	5	81.50
do. neue Rente	5	81.60

Hypothen-Pfandbriefe.

Dani. Hypoth.-Pfandb.	4	101.75
Do. do.	3 1/2	95.80
Östl. Grundsch.-Pfandb.	4	102.50
Hamb. Hyp.-Pfandb.	4	102.50
Meiningen Hyp.-Pfandb.	4	102.30
Nordd. Gründ.-Pfandb.	4	102.25
Böhm. Hyp.-Pfandb.	5	106.90
do. Silber-Rente	5	66.30
Ungar. Eisenb.-Anleihe	5	102.50
do. Papierrente	4	73.30
do. Goldrente	4	83.20
Ung. Dr. 1. Em.	5	80.30
Russ. 2. Orient-Anleihe	5	—

Ausländische Fonds.

Desterr. Goldrente	4	91.75
Desterr. Papier-Rente	5	78.40
do. do.	4 1/2	66.30
do. Silber-Rente	5	67.50
Ungar. Eisenb.-Anleihe	5	102.50
do. Papierrente	4	73.30
do. Goldrente	4	83.20
Ung. Dr. 1. Em.	5	80.30
Russ. 2. Orient-Anleihe	5	—

Russ. 3. Orient-Anleihe

do. Stieg. 5. Anleihe	5	59.25
do. do. 6. Anleihe	5	61.20
Russ. Wohl. Schatz-Obl.	4	90.30
Poln. Liquidat.-Pfandb.	4	88.00
Italienische Rente	4	92.90
Rumänische Anleihe	6	98.00
do. fundirte Ant.	6	105.75
do. amort. do.	6	92.90
Türk. Anleihe von 1866	5	14.80
Germanische Gold-Pfandb.	5	83.60
do. Rente	5	81.50
do. neue Rente	5	81.60

Hypothen-Pfandbriefe.

Dani. Hypoth.-Pfandb.	4	101.75
Do. do.	3 1/2	95.80
Östl. Grundsch.-Pfandb.	4	102.50
Hamb. Hyp.-Pfandb.	4	102.50
Meiningen Hyp.-Pfandb.	4	102.30
Nordd. Gründ.-Pfandb.	4	102.25
Böhm. Hyp.-Pfandb.	5	106.90
do. Silber-Rente	5	66.30
Ungar. Eisenb.-Anleihe	5	102.50
do. Papierrente	4	73.30
do. Goldrente	4	83.20
Ung. Dr. 1. Em.	5	80.30
Russ. 2. Orient-Anleihe	5	—

Russ. 3. Orient-Anleihe

do. Stieg. 5. Anleihe	5	59.25
do. do. 6. Anleihe	5	61.20
Russ. Wohl. Schatz-Obl.	4	90.30
Poln. Liquidat.-Pfandb.	4	88.00
Italienische Rente	4	92.90
Rumänische Anleihe	6	98.00
do. fundirte Ant.	6	105.75
do. amort. do.	6	92.90
Türk. Anleihe von 1866	5	14.80
Germanische Gold-Pfandb.	5	83.60
do. Rente	5	81.50
do. neue Rente	5	81.60

Hypothen-Pfandbriefe.

Dani. Hypoth.-Pfandb.	4	101.75
Do. do.	3 1/2	95.80
Östl. Grundsch.-Pfandb.	4	102.50
Hamb. Hyp.-Pfandb.	4	102.50
Meiningen Hyp.-Pfandb.	4	102.30
Nordd. Gründ.-Pfandb.	4	102.25
Böhm. Hyp.-Pfandb.	5	106.90
do. Silber-Rente	5	66.30
Ungar. Eisenb.-Anleihe	5	102.50
do. Papierrente	4	73.30
do. Goldrente	4	83.20
Ung. Dr. 1. Em.	5	80.30
Russ. 2. Orient-Anleihe	5	—

Russ. 3. Orient-Anleihe

do. Stieg. 5. Anleihe	5	59.25
do. do. 6. Anleihe	5	61.20
Russ. Wohl. Schatz-Obl.	4	90.30
Poln. Liquidat.-Pfandb.	4	88.00
Italienische Rente	4	92.90
Rumänische Anleihe	6	98.00
do. fundirte Ant.	6	105.75
do. amort. do.	6	92.90
Türk. Anleihe von 1866	5	14.80
Germanische Gold-Pfandb.	5	83.60
do. Rente	5	81.50
do. neue Rente	5	81.60

Hypothen-Pfandbriefe.

Dani. Hypoth.-Pfandb.	4	101.75
Do. do.	3 1/2	95.80
Östl. Grundsch.-Pfandb.	4	102.50
Hamb. Hyp.-Pfandb.	4	102.50
Meiningen Hyp.-Pfandb.	4	102.30
Nordd. Gründ.-Pfandb.	4	102.25
Böhm. Hyp.-Pfandb.	5	106.90
do. Silber-Rente	5	66.30
Ungar. Eisenb.-Anleihe	5	102.50
do. Papierrente	4	73.30
do. Goldrente	4	83.20
Ung. Dr. 1. Em.	5	80.30
Russ. 2. Orient-Anleihe	5	—

Russ. 3. Orient-Anleihe

do. Stieg. 5. Anleihe	5	59.25

<tbl